Sitzungsvorlage
OBM/005/2018

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Stadtrat	19.09.2018	öffentlich	Beschluss

Betreff:
Resolution gegen sogenannte "Bürgerwehren"

Sachverhalt (kurz):

Resolution gegen sogenannte „Bürgerwehren“

Der Nürnberger Stadtrat wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen jede Form sogenannter „Bürgerwehren“ oder „Schutzstreifen“. Auch wenn es sich bislang um Einzelfälle und damit erkennbar um einen Provokationsversuch handelt, halten wir fest:

Die Bürgerschaft der Stadt braucht das nicht und sie will das nicht.

Sie braucht es nicht, weil in der engen Kooperation zwischen Stadt, Polizei und Justiz im Sicherheitspakt stets ein sehr hohes Maß an Sicherheit im öffentlichen Raum gewährleistet wird. In Deutschland gilt das Gewaltmonopol des Staates, ausgeübt durch die Polizei und die Ordnungsbehörden. Das steht für uns außer Frage.

Sie will es nicht, weil hier von Personen aus dem rechtsextremen Spektrum subjektive Ängste ausgenutzt und geschürt werden und zugleich Furcht vor Übergriffen durch die selbsternannten „Wächter“ aufkommt. Solche „Bürgerwehren“ erhöhen nicht das Sicherheitsniveau in der Stadt, sondern sie senken es.

Stadt, Polizei, Sicherheitsbehörden und Justiz werden alles unternehmen, um diesem Phänomen schnellstmöglich ein Ende zu bereiten.

Beschlussvorschlag:

Beiliegende Resolution wird beschlossen.